

Der oberschlesische Wanderer.

Diese Zeitung erscheint wöchentlich Mittags.
Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt
in Slesien frei ins Haus oder bei Abholung in den
Ausgabestellen mit Sonntagsblatt monatlich 60
Pfg., vierteljährlich 1.80 Pfg., ohne Sonntagsblatt
abgeholt wöchentlich 15 Pfg., bei allen Postämtern
vierteljährlich 1.80 Pfg.

Oberschlesische Zeitung.

Einzelne in diese Zeitung werden die Special-
Anzeigen oder deren Raum mit 15 Pfg., die Anzeigen-
zeile mit 50 Pfg., die Anzeigenzeile durch die
Wochenschrift mit 40 Pfg. berechnet. Bezugs- oder
einzelne Nummern des Blattes werden für 10 Pfg.
abgegeben.

Aktuelles amtliches Blatt für Bekanntmachungen der kaiserlichen Behörden von Gleiwitz.

Die Vierteljahrs-Abnehmer dieser Zeitung erhalten allmonatlich das „Sonntagsblatt“ als Beilage.

Nr. 22

Gleiwitz, Freitag, den 28. Januar 1898.

Gleiwitz, Freitag, den 28. Januar 1898.

71. Jahrgang.

71. Jahrgang.

Tages- und Geschichtskalender.

28. Januar. R.-A. R.-U. 9.28 U. Nachm.
S.-A. S.-U. 28. Januar. 4.30 U.
1871 Paris kapituliert nach einer 4 1/2
monatigen Belagerung. Dreitagesiger Waffenstillstand.

Bestellungen auf den „Oberschlesischen Wanderer“

für den Monat Februar
werden entgegen genommen von sämtlichen Postämtern, sowie in
Gleiwitz und in Bobrze durch unsere Vertreter.
Der Bezugspreis beträgt voranzahlbar
abgeholt bei der Post oder im ganzen Stadtgebiete von Gleiwitz
frei ins Haus, sowie in Bobrze
monatlich 60 Pfg.
Probestummeln überallhin kostenfrei.
Verlag des „Oberschlesischen Wanderers.“

Die Aufhebung der Amts-Kantionen preuss. Beamten.

Die preussischen Staatsbeamten, die staatliche Kassen oder geldwerthe
Besondere verwalten, haben bekanntlich während ihrer Dienstzeit eine
Sicherheit zu stellen. Diese Einrichtung hat sich in mancher Hinsicht
nicht bewährt. Viele Beamte sind nicht in der Lage, das für die Kantion
erforderliche Geld aus eigenen Mitteln zu beschaffen. Sie wenden sich
daher in der Regel um ein Darlehen an eine Lebens-Versicherung. Hier
müssen sie außer der Prämie für die einzuhebende Lebens-Versicherung
die Verzinsung der Kantions-Summe mit 5 pCt. bezahlen, während sie
aus dem hinterlegten Kapital, ihrer Kantion, nur 3 1/2 pCt. beziehen.
Die Beamten haben also schon hierdurch Schaden. Daneben ist regelmäßig
noch der Betrag von 1 bis 2 pCt. als Risiko-Prämie und Verwaltungs-
kosten-Betrag zu zahlen, wozu in vielen Fällen noch Amortisations-Be-
träge für die Kantions-Darlehen treten. Abwärtig liegt die Sache bei
den Beamten, die die Hilfe von Kantions-Geldern oder von ge-
werblich-privatem Geldverleihen in Anspruch nehmen. Durch solche
Darlehen geht ein Theil des Gehalts der Beamten verloren. Bei der
35 000 Kantionspflichtigen Beamten wird der Verlust auf jährlich ein
Million Mark geschätzt. Da der Staat diese Kantionen aus dem
Beamten entziehender Vortheil auch nicht annähernd erwächst, so hat
sich die Staatsregierung entschlossen, auf die Kantionsaufhebung der Be-
amten zu verzichten. Nach der überaus günstigen Aufnahme, die der
beizuhaltende Entwurf im Abgeordnetenhaus gefunden hat, — er
wurde nach kurzer Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen —
würde das Gesetz gefasst sein, da auch das Herrenhaus kaum grund-
sätzliche Bedenken dagegen geltend machen wird.

Die Aufhebung der Amtskantion ist vor allem ein Ausdruck des
Vertrauens auf die Ehrlichkeit und Pflichtigkeit der preussischen Beamten
bei den meisten Verwaltungen, die unter unserer treiflichen Verwaltung
vorhanden sind. Der Staat in Zukunft als Selbstverschärfer, auftreten,
ohne dabei vermögenswerten Schaden zu erleiden; er spart vielmehr noch
die nicht unbeträchtlichen Verwaltungskosten, die größer sind, als der
durch Fehlleistungen entstehende Schaden. Die Zurückzahlung der Kantionen
soll innerhalb zwei Jahren erfolgen, und zwar soll mit den Unterbeamten
begonnen werden. Hoffentlich wird der Reichstag dem Entwurf
beizugehen, dieses Geld, das bisher von der Staatsverwaltung zu erwäl-
den wurde, nicht zu veräußern, sondern in den sicheren preussischen
Kantionsfonds einzulegen.

Das Gesetz bezieht sich nur auf die wirklichen Beamten, nicht
aber auf die, denen staatliche Gelder ausgedient werden, ohne daß sie
Beamten-Eigenschaft haben. Dahin gehören Vorleser-Collektanten und die
Beamten verschiedener Anstalten und Hospitäler-Rezeptionen. Auch die
Gerichtsvollzieher sind nach wie vor verpflichtet, Kantionen zu stellen.
Der Grund liegt darin, daß die Gerichtsvollzieher nicht dem Staat
verantwortlich sind, sondern ihren Auftraggebern aus dem Publikum. Diesen
wird durch die Kantionen eine Sicherheit geboten. So wurden in den
10 Jahren 1887 bis 1897 in 98 Fällen, wo Gerichtsvollziehungs-Ansprüche
an Gerichtsvollzieher erhoben waren, 23 000 Mark durch Kantionen
gedeckt.

Aus den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus ist noch von be-
sonderem Interesse, die Erklärung des Herrmarschalls von Miquel, daß eine
ähnliche Vorlage über die Aufhebung der Amtskantionen für die Reichs-
beamten an dem Bundesrathe eingereicht worden sei. Der Entwurf ist
inzwischen dem Reichstage zugewandten; man darf erwarten, daß auch
dieser Entwurf angenommen werde. Die Bemerkungen werden indessen
besser thun, die Einrichtung der Kantionen aufrechtzuerhalten. Die
Selbstverschärfung durchzuführen, ist der Staat wohl imstande, nicht aber
ein kleines Gemeinwesen.

Deutsches Reich.

Berlin, 28. Januar 1898.

Sein sechzigjähriges Dienstjubiläum in der preussischen Armee
wird zu dem 21. März 1898. Der Fürst ist bekanntlich
General-Oberst der Cavallerie (mit dem Range eines General-Feld-
marschalls) und gleichzeitig Chef des Kürassier-Regiments von Selbstitz
(Regimentschef) Nr. 7. Anlässlich des Jubiläums wird, wie verlautet,
Seitens des Kaisers und der Armee eine größere Feste veranstaltet
werden.

Die „Gamb. Nachr.“ billigen die Erklärung des Herrn
von Miquel zur auswärtigen Politik Deutschlands in allen Punkten.
Die Sprache Miquels, schreibt das mit Fuldrechtlich Bezugsnahmen
unterhaltende Blatt, erinnert an die Stellen des alten Cato und
bedeutet, aufmerksamer gehört zu werden.

Der Dampfer „Darmstadt“ mit dem Truppentrans-
port, ist in Klostschau eingetroffen.
Der Eisenbahnwärters-Verband. Dem Vorstande des
Fürstenthums Schwarzwald in ein Gesandtschaft über Ab-

änderung des Gemeindevorstandes ausgenommen. Das wohlwollige Alter
wird vom 21. auf das 25. Lebensjahr festgelegt. Das bisherige all-
gemeine gleiche Wahlrecht wird durch das Dreiklassen-Wahlrecht mit ge-
heimer direkter Stimmabgabe ersetzt.

— In einer von über 1000 Personen besuchten Versammlung ist
der Generalkreis der Schuhmacher proklamiert worden.

— Wie eine Berliner Correspondenz mittheilt, wird die Regierung
aus Rücksicht auf den für das nächste Jahr in Aussicht genommenen
Anschluß in der Besoldung der Unterbeamten es ab-
zulehnen, den Beschlüssen der Budgetkommission des Reichstages Folge zu
geben, die eine Erhöhung des Anfangsgehaltes der Postunterbeamten von
800 auf 900 und des Endgehaltes der Postbriefträger von 900 auf
1090 Mark verlangen. Dagegen soll die Einstellung der Unterbeamten
dadurch eine Verbesserung erfahren, daß die jetzt zwölfjährige Zeit
während der erlösbaren künftigen Anstellung und der Anstellung auf
Lebenszeit bei den Postunterbeamten auf 8 Jahre ermäßigt
und daß die Fünfjährigkeitsfrist der noch nicht auf Lebenszeit angestellten
Postunterbeamten von vier Wochen auf drei Monate verlängert wird.

— Aus einer Rede des Handelsministers, die er bei dem Stillungs-
fest des Berliner Vereines zur Förderung des Handelsgewerbes hielt,
sind mehrere Punkte von allgemeinem Interesse für den germanen
Handel und die deutsche Industrie. Der Minister erklärte
besonders eingehend die blühende Entwicklung der modernen Elektro-
technik und erklärte, daß nach seiner Ansicht die Erfolge auf dem Gebiete
der elektrischen, Gas-, Spiritus- und Acetylen-Beleuchtung wohl genügen
dürften, um alle Absichten des Petroleum-Konkurrenz zu ver-
eiteln. Auch auf dem Gebiete der Motoren seien wesentliche Fortschritte
zu verzeichnen, namentlich bezüglich der Wassermotoren, und es erscheine
heute jetzt eine Reorganisation notwendig. Ganz besonders habe die
deutsche chemische Industrie sich zur ersten der Welt ausge-
zeichnet. In dieser Beziehung begrüße er es mit Freuden, daß es
gelungen sei, Mittel zur günstigen Verwertung der früher so lästigen
Abfallstoffe zu finden. Diese seien um so mehr von Bedeutung, als sie
nicht nur der Industrie zu Gute kommen, sondern auch nach den Jahren
der Ueberproduktion und des jetzigen Darunternehmens einen kräftigen
Aufschwung der deutschen Landwirtschaft sichern. Die deutsche
Industrie trage für ihre Arbeiter die besten Löhne und die besten
Löhne in der Welt; sie zahle 130 Mill. für Versicherungen,
ungefähr große Summen für die Wohnungen, für die Schulen der Ar-
beiterjugend und Anderes, so daß die Kosten auf mindestens 200 Mill.
jährlich zu berechnen seien. Und doch habe sie Erfolge zu verzeichnen,
daß sie vor aller Welt heranzöge. Der Minister erklärte ferner,
daß er der Ueberzeugung sei, wenn der Höhepunkt dieser Stärke wirklich
erreicht sein sollte, doch kein näher, jedenfalls kein rapider Rückgang zu
befürchten sei; denn die Entwicklung sei gesund, wachsend und befähigt,
zu bestehen. Darum glaube er nicht, daß ein Sinken der Preise und Löhne
zu befürchten sei.

— In einer in Bamberg bei Hildesheim abgehaltenen Versamm-
lung des Bundes der Landwirthe erklärte, ohne Widerspruch zu finden,
der von dem Bunde beauftragte Redner Müller aus Braunshweig, der
Bund der Landwirthe habe den Antrag zum Ziel als nicht durchführbar
angesehen.

— Eisenbahnunfälle über Eisenbahnunfälle füllen die
Spalten der Zeitungen. Wir gehören nicht zu denen, die die berechtig-
ten Einseitigkeiten über mangelhaften Schutz und nicht genügende Sicher-
ung gegen Unfälle veralgemeinern. Im Gegentheil. Wenn aber diese
bedauerlichen Unfälle gar kein Ende nehmen wollen, so müßte denn doch
die Eisenbahnverwaltung alles Größte die Verpflichtung empfinden, den
Ursachen aufs schärfste nachzugehen und sie nach Möglichkeit mit aller
Sorgfalt zu beseitigen. Was hilft die schönste Denkschrift mit den präch-
tigsten patriotischen Angaben, wenn unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung
innerhalb eines Tages wieder 4 Unfälle gemeldet werden? Es ist
ist ein Wunder, daß unter solchen Umständen die Verantwortung des
Volkes nicht schwindet. Bei dem bedauerlichsten der jüngsten Unfälle soll
eine Fragestellung der Vorwürfe die Schuld tragen. Da drängt sich
die Frage auf, ob diese Fragestellung nicht schon bei der Gefahr vor-
handen oder erst unterwegs entstanden ist? Vor allem muß man aber
weiter fragen: gleich es denn wirklich keine Mittel, die jetzt so häufigen
Unfälle zu verhindern? — Gewiß verunglücken auf den Straßen der
großen Städte täglich Menschen durch Ueberfahren, gemäß fordert das
Reich täglich Opfer an Menschen, die es beklagen. Solche Unfälle
zu vermeiden, sehen wir keine Möglichkeit. Anders bei der Eisenbahn.
Hier geht der Verkehr hauptsächlich in festem Gleise. Theoretisch muß
jeder jeder Unfall verhindern lassen, sofern das Personal aufmerksam,
das Material gut ist. Man will in manchen Kreisen glauben, daß die
Eisenbahnverwaltung und Material gut wäre als gut sei.
Für das der Fall, so muß das System aufgegeben werden, denn Ueber-
maß man auf ein paar Millionen Reisenden verzichten, als daß man
durch Unterlassungen Menschenleben gefährde. Bietet aber kann die
Verwaltung in den jetzt vorliegenden Fällen nachweisen, daß es nicht in
ihrer Hand gelegen hätte, auch nur einen dieser Unfälle abzuwehren.
Warten wir daher die Untersuchung und deren Resultate ab.

— Die Hochwasser-Vorlagen im Herrenhause.
In der mit der Vorberatung der Anträge des Herzogs von Ratibor
und des Grafen Pfell, betreffend die Verhütung von Hochwasserschäden,
beauftragtes Commission des Herrenhauses führte Finanzminister
von Miquel u. a. aus, die Schaffung einer Centralkommission für das
Wasserverwesen werde innerhalb der Staatsregierung in Erwägung gezogen.
Die Ausarbeitung eines umfassenden Wassergesetzes unterlege großen
Schwierigkeiten. Obwohl es bedenklich sei, für eine einzelne Provinz
besondere Anordnungen zu treffen, sei es vorzuziehen, der Ansicht, daß ge-
rade für die schiefen Provinzen vorwiegend Natur notwendig sein
würden. Möglichkeit wäre ein Gesetzentwurf doch noch im Laufe
der gegenwärtigen Session vorgelegt werden können. Im übrigen wieder-
holte der Minister seine schon im Abgeordnetenhaus ausgesprochene An-
sicht, daß ein großer Theil der durch die letzten Hochwasser verursachten
Schäden in Schlesien durch mangelhafte Ausführung der be-
reits beschriebenen Bestimmungen hervorgerufen worden sei.
Es hätte eine eingehende Revision stattfinden müssen.

— Die Budgetcommission hat heute den Etat des Aus-
wärtigen Amtes beendet. Betreffs Klostschau erklärte der Staatssekretär

führ. von Thielmann, daß er einen Anschlag der Kosten für die Aufstän-
digung der Stadt noch nicht geben könne.

Russland.

Italien. In der Deputirtenkammer besprach der Unterstaatssekretär
des Auswärtigen die Gefangenahme des Kapitän und der Matrosen
der „Zibucola“ durch Ruffen und deren Verurteilung mit Hilfe der
russischen Regierung. Die Regierung hält den Sultan von Marokko für
verantwortlich und werde energisch verlangen, daß dem Kapitän, der
Mannschaft und dem Heber der „Zibucola“ ein entsprechender Schaden-
ersatz gezahlt werde. Sollte sich die Regierung von der Unmöglichkeit der
sultanischen Behörden, wirksame Schritte zu schaffen, überzeugen, so
werde sie im Vereine mit den anderen betroffenen Mächten unter,
mit welchen Mitteln man eine Gewähr für die Sicherheit der Schiffe in
den Riffengewässern schaffen könne.

Frankreich. Frankreichs Ausgaben für Herr und Frau Schuler
sind in diesem Jahre auf 912 Millionen Francs, die Militär-Beziehungen
nicht mit eingerechnet. Neben 627 Millionen auf den Herr und Frau
und 285 Millionen auf die Flotte. Die in Aussicht genommenen
unvorhergesehenen Aufwendungen für die Flotte sind dabei nicht mitge-
rechnet. Wann werden wir bei der Militär-Beziehung angelangt sein? fragt
das „Journal des Debats“. Dann heißt es in dem Berliner Blatt
weiter: „Unter Marinebudget wird wohl das Schicksal dazu bestimmen.“
Überdies ist unsere Flotte noch die am wenigsten der Welt. England
steht für die Flotte doppelt so viel Geld aus wie wir, aber da es
stiller und rascher baut, so sind seine Resultate den unsrigen aus-
gezeichnet. Wir geben für unsere Flotte jedoch mehr aus als England
über die bereiteten Staaten, fast doppelt wie die Mächte des Deutschen-
bundes. Man darf also hoffen, daß wir dank dem Kaiser, die mit
jetzt betragen, bald so weit sein werden, um unsere Interessen wirksam
zu verteidigen. ... Darüber darf man sich aber nicht täuschen, daß ge-
rade die Ausgaben für die Flotte beständig steigen werden, wenn man
die bisherigen Errungenschaften nicht aufgeben will. Die Flotten be-
stehen mit erschreckender Schnelligkeit, und wer dem Fortschritt folgen will,
der muß die Schiffe unaußschießlich erneuern. Diejenigen Länder, welche
dabei nicht länger zögern wollen, müssen auf jede Aktion zur See ver-
zichten; aber noch scheint keineswegs, im Weltall zurückzubleiben.
Im Gegentheil verwenden die alte und die neue Welt immer beträch-
tliche Summen für ihre Flotten.“

Griechenland. Der soeben bekannt gegebene Bericht der Kom-
mission für die Finanzkontrolle enthält noch die folgenden, über un-
bestimmte Bestimmungen: Von 1900 an ist die griechische Regierung zum
Ankauf der umlaufenden Banknoten im Betrage von mindestens zwei
Millionen verpflichtet. Sie soll keine neue auf Zwangsursachen gegründete
Anleihe aufnehmen dürfen, ehe die gegenwärtigen Zwangsursachen
vollkommen getilgt sind. Rechnungsberichtsarbeiten müssen dem Staat
und der Kontrollkommission werden auf gleichzeitige Weise vorgelegt.
Wenn ein Obersteuereinschreiber zögisig ist, soll derselbe von dem Präsidenten
der Schweizer Eidgenossenschaft bestraft werden. Ohne Einwilligung
der Gemeinde an die Kontrollkommission soll die Regierung keinen der Be-
amten, die zur Geschäftsführung bei den der Kontrolle unterstellten Ein-
nahmen vorgeschlagen sind, entsenden können; hierüber soll dieser Be-
trag des politischen Schwankens entzogen werden.

Socials.

Gleiwitz, den 27. Januar 1898.

Experimentalmittag Mr. Finn. Auch die geistigen Eigen-
mente des belamten Physikers müssen als getradet glänzende bezeichnet
werden. Mit Hilfe vorzüglicher Apparate erreichte Herr Finn den
bestimmten Zweck: dem Galen eine klare Anschauung von dem Wirken
der Naturkräfte und ihrer Anwendung zu technischen und industriellen
Zwecken zu geben. Beweis wird jeder Besucher, sei er Sachmann oder
Laien, beibringen und mit dem Bewußtsein, daß seine Gegenwart kein
neben Unterhaltung auch Belehrung in reichem Maße gewonnen zu
haben.

124 Centennar-Medaillen kommen von Deutschland in die Besitztümer des
Kriegervereines, die Veteranen sind, zur Vertheilung. Die Vertheilung
sollte bereits gestern stattfinden, wurde aber wegen der Feiern der
Unterbrechung. Die Veteranen werden gebeten, sich die Medaillen beim
Zahlmeister des Vereines, Herrn Böhm, abzuholen.

Veränderung. Das an der Cojocinstraße gelegene Grün-
wanna'sche Gasthaus nebst zugehörigen Gebäuden, das von dem Herrn
Müller und Simonauer im vorigen Herbst für 150 000 Mark gekauft
wurde, und das niedrigergekauft werden sollte, um einem künftigen
Neuanlage zu machen, ist vorzeitig für 130 000 Mark in den Besitz eines
Bauunternehmers Osnath aus Wlaskowitz kammt dem bereits angelegenen
Baumaterial übergegangen. Auf Grund der eingeleiteten Zeichnungen
für Herrn Müller bereits die Konzeption erteilt worden. Daraus haben
die beiden Eigennannten Befragungsstücke von dem Grundbesitzer Jakob
Ruda aus Trzemes zu Bauzwecken erworben.

Wiederbau. Wie wir hören, wird der Theil der einge-
führten Wollschafchen Neubau auf demselben Grundstück wieder auf-
gebaut werden, da nach dem Urtheil der Baukommission die Fundamente
genügende Stabilität gewähren und nur die Anordnung des künftigen
Baues in Verbindung mit der schwachen Holzkonstruktion der Wände
die Ursache des Einsturzes gewesen sein soll.

Die Eingabe der Militär-Kapellmeister an den Reichs-
tag stellt drei Wünsche auf: Zunächst bitten sie namentlich um Hinblick
auf den Gang ihrer Vorbildung, zu der ein dreijähriges Studium an
der Hochschule für Kunst gehört, um Rangserhöhung und Beurlaubung,
für sie eine zwischen Unteroffizier und Offizier stehende Rangklasse ge-
schaffen werden. Es sei in dieser Beziehung darauf hingewiesen, daß
man in Italien jedoch der Offiziersrang bezieht. Der zweite Wunsch
geht auf Erhöhung ihres Ruhegehalts: nach 30 Jahren Dienstzeit be-
ziehen sie nur ein solches von 700 Mark, während beispielsweise der
Zahlmeister 2300 Mark empfängt. Gedächtnis blüht man um eine Waisen-
und Waisenversorgung in legend welcher Weise. Vielmehr kann bei
dieser Gelegenheit für die Kapellmeister der nicht bezinsten Waffen
endlich die schmerzliche Dienstliche Bezeichnung „Stabschloß“ durch eine
deutliche ersetzt werden.

